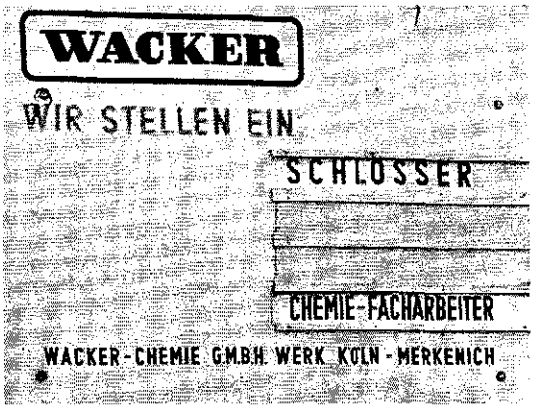
sung. Doch der Massentransfer von VFW zu Daimler blieb aus.

Auch in anderen strukturschwachen Gebieten wie in Niederbayern und an der Saar wurden die Arbeiterhäscher nicht fündig. IWKA-Personalchef Bernhard M. Lichtwer jedenfalls blieb auf der Suche nach Mechanikern, Drehern und Fräsern für sein Augsburger Werk erfolglos. Kaum jemand hatte Lust, einen unbequemen Umzug auf sich zu nehmen. Lichtwer: „Selbst junge Facharbeiter, die gerade erst ausgelernt hatten, zeigten sich wenig mobil."

Vor allem bei Fräsern und Drehern besteht zur Zeit ein eklatantes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, denn jahrelang hatten Berufsberater Schulentlassenen empfohlen, lieber Modeberufe wie Elektriker oder Schlosser zu ergreifen.





Dezimiert wurde das Angebot an Facharbeitern überdies durch eine verfehlte Umschulungspolitik der Arbeitsämter. Aus Mitteln der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit ließen sich in den letzten Jahren reihenweise Facharbeiter in dreisemestrigen Lehrgängen zu Technikern ausbilden. Die Folge war eine drückende Techniker-Schwemme.

Der Prognose-Irrtum kommt die Arbeitsverwalter jetzt teuer zu stehen. Zuerst mußten sie die Techniker-Lehrgänge oft privater Institute finanzieren. Da seit 1976 aber Abgänger ohne Job Arbeitslosengeld beanspruchen können, müssen die Ämter nun ein zweites Mal zahlen.

Schließlich machen die beamteten Umschuler für gescheiterte Aufsteiger bisweilen sogar noch ein drittes Mal Geld locker, wenn die verhinderten Techniker nämlich nur mittels einer Eingliederungs-Beihilfe in ihrem alten Beruf Unterschlupf finden. Witzelt Wolfgang Betzler vom Arbeitsamt Augsburg: „Der Bedarf an Fachleuten bis zum Jahr 2000 ist eben nicht so leicht vorherzusagen wie der Absatz von Schuhcreme."

Ähnlich schwer wie Dreher und Fräser sind zur Zeit auch Baufacharbeiter wie Maurer und Zimmerleute zu finden. Grund: In der jahrelangen Bauflaute schmolzen die Firmen ihren Personalbestand kräftig ab. Jetzt, da der Bau von Einfamilienhäusern bestens läuft, fehlen die in andere Jobs abgewanderten Leute an allen Ecken.



Firmen-Stellenangebote
Teurer Prognose-Irrtum

Hilfe von außen müssen vor allem gutbeschäftigte Maschinen- und Anlagenbauer suchen, um den Mangel an Konstrukteuren und Ingenieuren auszugleichen. So vergibt IWKA-Lichtwer „ganze Arbeiten an Ingenieurbüros, so ungern man das tut".

Als Feuerwehr für den gezielten Noteinsatz kurzfristig benötigter Spezialisten etablierte sich im bergischen Gummersbach vor einigen Jahren die Verleihfirma Ferchau-Konstruktion GmbH, die rund 500 Ingenieure und Konstrukteure bundesweit unter Vertrag hat. Sogar die Teilzeitfirma adia interim hat sich inzwischen der neuen Mangelberufe angenommen und bietet technische Zeichner, Dreher und Klempner an.

Die eigentlichen Profis in den Arbeitsämtern tun sich dagegen schwer, den Firmen geeignete Bewerber anzudienen. Zwar fehlt es ihnen nicht an Mitteln, um in aufwendigen Umschulungsprogrammen ungelernte Arbeitslose zu Fachkräften zu trimmen. Doch die meisten, die noch vor wenigen Jahren als Schulabgänger ohne Berufsausbildung gutes Geld verdienten, scheuen die Mühe der Umschulung.

Klagt der Düsseldorfer Arbeitsamts-Direktor Wollek: „Es ist unendlich schwer, 25jährige zu einer Weiterbildung zu bekommen, die sie bisher nicht nötig hatten."

KERNKRAFTWERKE

Absoluter Schmarrn

Bonner SPD-Abgeordnete machen Front gegen einen Koalitionspartner: Sie werfen FDP-Innenminister Maihofer vor, er verschleppe die Sicherung von Kernkraftwerken durch Polizei und Grenzschutz.

Harald Schäfer, SPD-Abgeordneter aus Offenburg, griff zum „letzten Mittel", um den mundfaulen Bundesinnenminister Werner Maihofer zum Reden zu bringen: Durch ein Anfrage, die Schäfer letzte Woche im Bonner Parlament eingebracht hat, will er sich endlich Klarheit verschaffen, wie es der Freidemokrat mit der Bewachung von Atomkraftwerken hält.

Der aufgebrachte Sozialdemokrat wirft dem Liberalen „Hinhaltetaktik" in einer Angelegenheit vor, die sich seit mehr als einem Jahr durch die Debatten der für die Sicherheit der Kernkraftwerke verantwortlichen Innenminister von Bund und Ländern schleppt. Schäfer: „Ich lasse mir das nicht länger bieten. Die Öffentlichkeit muß wissen, ob in den Kraftwerken Polizisten oder Grenzschützer oder aber mit Maschinenpistolen bewaffnete private ‚schwarze Sheriffs' Wache schieben."

In der Tat scheint nicht nur nach Ansicht des Parlamentariers in dieser Sache Eile geboten. Für viele Experten ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Terroristen oder radikale Umweltschützer auch in der Bundesrepublik — wie schon in Frankreich oder den USA — Anschläge gegen Nuklearanlagen verüben.

Daß unzureichend geschützte Atommeiler oder -lager „das größte Gefährdungspotential überhaupt" (Hessens FDP-Innenminister Ekkehard Gries) darstellen, weiß auch Maihofer. Denn unter seinem Vorsitz beschrieb ein Arbeitskreis der Innenministerkonferenz schon Anfang Februar vergangenen Jahres „VS — nur für den Dienstgebrauch" die „Gefahrenlage": „Für die Zukunft können Anschläge auf Kernkraftwerke und sonstige kerntechnische Einrichtungen nicht ausgeschlossen werden. Abgesehen von einer Freisetzung oder Entwendung radioaktiven Materials könnten bereits Anschläge,

die außerhalb der Anlage keine Auswirkungen haben, eine erhebliche Beunruhigung in der Bevölkerung hervorrufen."

Und im Februar dieses Jahres meldete der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz, Sponti-Gruppen planten demnächst Aktionen gegen Kernkraftwerke. Kode für das Unternehmen: „Das tapfere Schneiderlein."

Doch Warnungen dieser Art konnten Maihofers Apparat nicht in Bewegung bringen, endlich klar zu sagen, wie Bonn sich den Objektschutz in Kernenergieanlagen vorstellt. Maihofer versteckte sich hinter einem gemeinsam mit den Innenministern — bei Enthaltung der Hessen und Niedersachsen — gefaßten Beschluß.

Im vergangenen Jahr hatten sich die Ressortleiter kurzerhand geweigert, ihnen unbequeme Kompetenzen zu übernehmen: Sie lehnten es ab, für den Objektschutz Polizeibeamte abzukommandieren. Maihofer seinerseits sperrte sich gegen die Mitarbeit des ihm unterstellten Bundesgrenzschutzes.

Statt dessen sollten sich, so schlugen die Länderminister vor, die Betreiber von Kernkraftwerken innerhalb des Betriebsgeländes selbst um den Schutz kümmern. Außerhalb des Zaunes habe die Polizei über die Sicherheit der Gebäude zu wachen. Bei einem Terroranschlag müßten „spätestens 15 Minuten nach Alarmierung" etwa zehn Polizeibeamte an der kerntechnischen Anlage verfügbar sein.

Die privaten Wächter dürften nicht zu „Hilfspolizisten ernannt oder sonst mit hoheitlichen Befugnissen beliehen werden"; zugleich sollten sie aber, wie Polizisten oder Grenzschützer, im Bedarfsfall mit Maschinenpistolen ausgerüstet werden. Die Entscheidung darüber liege bei den einzelnen Ländern oder, wie im Falle des Kernforschungszentrums Karlsruhe, beim Bund.

Die Folge: Derzeit sind Kernkraftwerke in der Bundesrepublik völlig unterschiedlich gesichert. Während Maihofers Parteifreund Gries sowohl Polizisten als auch privaten Bewachern Maschinenpistolen vorenthält, sieht es in Bayern ganz anders aus. In den Freistaat-Kernkraftwerken Gundremmingen und Ohu patrouillieren, so bestätigte der bayrische SPD-Landtagsabgeordnete Alfred Sommer, seit einigen Monaten „schwarze Sheriffs" durch das Betriebsgelände, die — getreu der Innenministerempfehlung — „im Bedarfsfall" die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallenden MPs aus dem Spind holen können.

Schlimmer noch: Diesen privaten Bewachern wird der Gebrauch ihrer Waffen leichtgemacht. Denn sie können als Privatleute eher als Polizisten oder Grenzschützer das Notwehr- und Nothilferecht in Anspruch nehmen.

Während etwa der gezielte Schuß eines Staatsdieners im Zweifel darauf überprüft wird, ob der Beamte die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt hat, dürfen private Schützen im Ernstfall schneller ziehen.

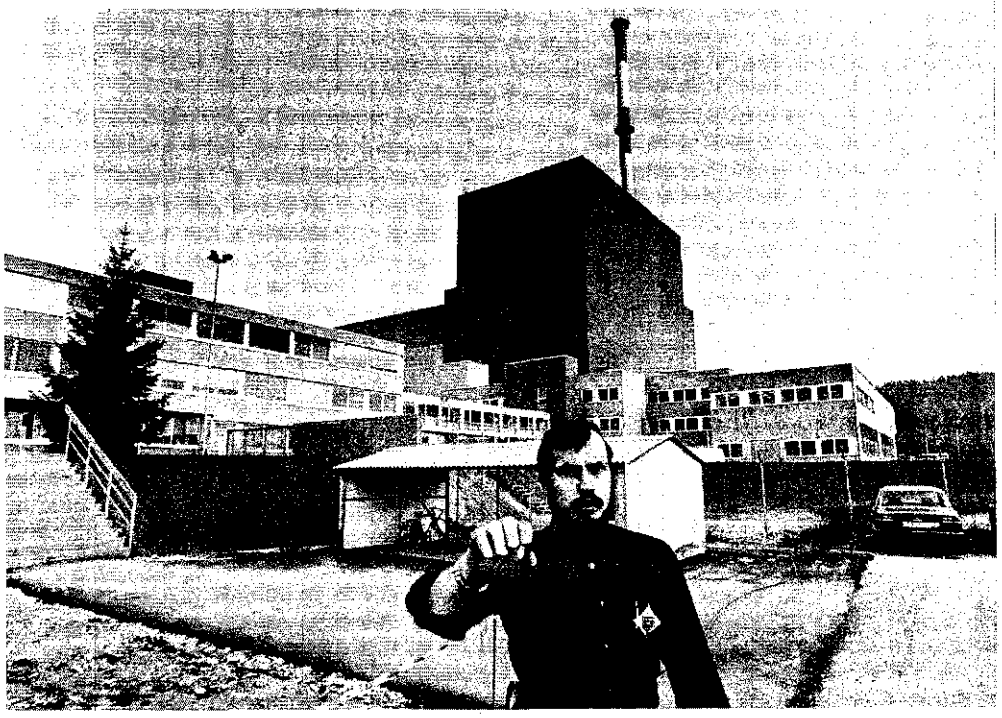
Sommers Kollege, der bayrische Landtagsabgeordnete Franz Kick, hält die derzeitige Regelung auch aus einem anderen Grund für „einen absoluten Schmarrn". Kick: „Jeder, der in den öffentlichen Dienst will, wird vom Verfassungsschutz geprüft. Kernkraftwerke aber werden von Privaten geschützt, deren Vorleben keiner kontrolliert."

Kicks Erkenntnis beginnt sich inzwischen auch in Bonn durchzusetzen. Als der Haushaltsausschuß des Bundestages am 15. Dezember vergangenen Jahres für das Kernforschungszentrum Karlsruhe, das zu 90 Prozent dem Bund gehört, zusätzliche Mittel bewilligen sollte, legten sich alle Mitglieder quer.

Sie sperrten die 13 Millionen Mark aus den Mitteln des Forschungsministeriums, mit denen die baden-württembergischen Aufsichtsbehörden den Objektschutz in Karlsruhe verstärken und eine mit Maschinenpistolen ausgerüstete Eingreifreserve aufstellen möchten. „Der Ausschuß", so begründeten die Abgeordneten ihr Veto, „wendet sich gegen die Einrichtung privatrechtlich organisierter Werkschutzeinheiten, soweit sie mit Maschinenpistolen und Panzerfahrzeugen ausgerüstet werden sollen. Nach seiner Auffassung ist das allein Sache der Länder (Polizei) und des Bundes (Bundesgrenzschutz)."

Zugleich wurde Maihofer aufgefordert, gemeinsam mit seinen Länderkollegen die MP-Empfehlung zu korrigieren. Überdies verlangte der Ausschuß, der Minister solle bis zum 15. Februar prüfen, ob Karlsruhe nicht doch durch staatliche Kräfte geschützt werden könne. Vorher gäbe es kein Geld.

Das Bonner Forschungsministerium, zuständig für den Betrieb der Karlsruher Anlage, machte zusätzlich Druck. Am 28. Dezember forderte Forschungsstaatssekretär Hans-Hilger Haunschild per Schnellbrief, mit Kopie an Kanzler und Justizminister, Maihofer auf, „im Hinblick auf die erforderliche Sicherheit der sensitiven Anlagen gegen terroristische Aktionen ... den von Ihnen vorzulegenden Bericht nach Möglichkeit kurzfristig zu erstellen."



Wächter im Kernkraftwerk Ohu: „Schwarze Sheriffs" gegen „Tapferes Schneiderlein"

Und aus Stuttgart meldete das dortige Sozialministerium „ernste Bedenken" an, wenn „bei der Verwirklichung der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen Verzögerungen eintreten".

Doch die Monita blieben ohne Wirkung. Bonns Innenminister ließ den vom Parlament gesetzten Termin verstreichen, ohne den Bericht vorzulegen. Als SPD-MdB Schäfer in der vorletzten Woche im Bonner Innenausschuß Maihofer danach fragte, erhielt er keine Antwort. Innen-Beamte streuten inzwischen, die angeforderte Expertise werde erst Mitte März fertig sein.

Sollte der Freidemokrat bis dahin seine Vorliebe für die privaten Schutztruppen nicht abgelegt haben, ist der nächste Koalitionskrach fällig. Denn der neue SPD-Forschungsminister Volker Hauff hat sich bereits eindeutig auf staatliche Bewacher festgelegt: „Eher schalten wir Karlsruhe ab." ◆